

KRITISCHE PÄDAGOGIK

Eingriffe und Perspektiven

Pädagogik des Friedens in
friedlosen Verhältnissen



Wir widmen das vorliegende Heft Horst Adam,
der am 8. Mai 2020 nach langer Krankheit
gestorben ist.

Horst war dem Projekt einer Kritischen Pädagogik
ein Leben lang verbunden und hat es als lang-
jähriger Leiter des 2010 gegründeten Arbeits-
kreises „Kritische Pädagogik“ der Rosa-Luxem-
burg-Stiftung mit der Organisation von Tagungen
und deren Veröffentlichungen unermüdlich voran-
getrieben.

Mit Horst verlieren wir einen langjährigen Freund
und einen kämpferischen Mitstreiter. Er wurde 85
Jahre alt.

Die Herausgeberin und die Herausgeber
„Kritische Pädagogik“

Die Themenreihe „**Kritische Pädagogik – Eingriffe und Perspektiven**“ ist thematisch und inhaltlich in die Buchreihe „Pädagogik und Politik“ eingebunden, spricht aber einen größeren Kreis von Autoren und Autorinnen an, insofern sie Zeitschriftencharakter hat. Ihre Erscheinungsweise ist unregelmäßig. Sie stellt ein Forum für Diskussionen im Rahmen einer Kritischen Pädagogik dar, die sich einer herrschaftskritischen Gesellschaftsanalyse verdankt. Sie soll Möglichkeiten schaffen, Positionen zum Ausdruck zu bringen, die vom Mainstream abweichen. Die Herausgeber*innen beabsichtigen, schnell auf aktuelle pädagogische und erziehungswissenschaftliche Problemlagen aufmerksam zu machen, Diskussionen anzustoßen und in öffentliche Debatten einzugreifen. Es ist uns wichtig darauf hinzuweisen, dass wir den neoliberalen Ungeist des peer-reviews ablehnen, weil er verhindert, Missstände radikal zu benennen und das Nachdenken über konstruktive Vorschläge abseits vorgefertigter Strukturen vereitelt.

Willkommen sind daher wissenschaftliche Beiträge, Essays sowie provokativ-polemische Stellungnahmen und unorthodoxe Ausführungen, die sich als kreatives Medium einer lebendigen Streitkultur verstehen.

Kritische Pädagogik Eingriffe und Perspektiven

Heft 7 (2020)

Redaktion: Armin Bernhard und Eva Borst

Pädagogik des Friedens in friedlosen Verhältnissen

Herausgegeben von

Armin Bernhard, Harald Bierbaum,
Eva Borst, Lukas Eble, Simon Kunert,
Matthias Rießland, Manuel Rühle



Schneider Verlag Hohengehren GmbH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb> abrufbar.

ISBN: 978-3-8340-2069-7

Schneider Verlag Hohengehren, Wilhelmstr. 13, D-73666 Baltmannsweiler

Homepage: www.paedagogik.de

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Nutzung für Unterrichtszwecke!

Inhaltsverzeichnis

Armin Bernhard/Eva Borst

Pädagogik des Friedens in friedlosen Verhältnissen..... 7

Conrad Schuhler

Krieg, Armut, Umweltkatastrophe – der globale Kapitalismus:
Die Ursachen der Flucht und des Terrors –
die Verantwortung des „Westens“ 17

Werner Ruf

Kritische Friedensforschung ade? 35

Werner Wintersteiner

Friedenspädagogik, Friedensforschung und Friedensaktion –
Überlegungen zu einem komplizierten Verhältnis..... 45

Eva Borst

Anthropologie der Gewalt 61

Armin Bernhard

Pädagogik der Kritik des Unfriedens 83

Michael Kubsda

Psychische Unfriedenspotenziale: Konsequenzen aus der
Fromm'schen Sozialpsychologie für eine pädagogische
Friedensarbeit 101

Andreas Hellgermann

Friedenspädagogik in der neoliberalen Schule?..... 117

Susanne Umbach

Frieden kommt nicht von allein – Nachdenken über eine
 Leerstelle in der Erwachsenenbildung 137

Harald Bierbaum/Yvonne Kehren

Un-/Frieden und Nicht-/Nachhaltigkeit
 Pädagogische Eingriffe im Spannungsfeld von
 Systemerhalt und Systemtransformation 155

Nele Abbing

Organisationen der Friedenspädagogik..... 169

Dokumentationen*Bündnis „Unter 18 nie!“*

Petition: Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der
 Bundeswehr! 185

Deutscher Gewerkschaftsbund

Aufruf zum Antikriegstag 2019 188

Olaf Schäfer

„Pädagogik politisch begreifen“ 191

Autorinnen und Autoren..... 195

Armin Bernhard/Eva Borst

Pädagogik des Friedens in friedlosen Verhältnissen

Gewaltverhältnisse und kollektiver Unfrieden haben in den letzten Jahrzehnten unter den Bedingungen eines mittlerweile weltumspannenden Kapitalismus eine erhebliche Verschärfung erfahren. In Form von zunehmenden internationalen Spannungen, Kriegen, Terrorismus, Fluchtbewegungen äußern sich die friedlosen Verhältnisse ebenso wie innerhalb der Gesellschaft in der Gestalt zunehmender Klassenauseinandersetzungen, von sich zuspitzenden Verteilungskonflikten und zwischenmenschlicher Feindseligkeit. Kollektive Friedlosigkeit kommt symptomatisch ebenso im gewaltsamen Umgang der bestehenden Gesellschaftsformationen mit den Naturverhältnissen zum Ausdruck: ‚Innere‘ und ‚äußere‘ Natur des Menschen – sie werden rücksichtsloser Ausbeutung und Verwertung unterworfen. In kopfloser Eigengesetzlichkeit treibt der Kapitalismus seine technischen Produktivkräfte über die Grenzen der ‚inneren‘ und ‚äußeren‘ Natur voran und gefährdet damit in fundamentaler Weise alles Leben auf dem blauen Planeten. Die Ende der 1980er Jahre propagierten Ideen vom „friedensfähigen“ und „ökologischen Kapitalismus“, der in seiner Flexibilität und Wandlungsfähigkeit in der Lage sei, seine Produktionsweise auf die Lösung der globalen Probleme der Menschheit einzustellen, haben sich hinreichend blamiert.¹

Sozialpsychologisch lassen sich die Spuren friedloser Gesellschaftssysteme in den sozialen Verwerfungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und den psychischen Strukturen der Menschen sowie ihrem Umgang miteinander problemlos aufspüren: „Institutionalisierte Feindseligkeit“ nennt der Sozialpsychologe Peter Brückner diese strukturell verfestigte feindselige Haltung

¹ Fragwürdig ist daher auch die immer wieder kursierende Behauptung von den noch unausgeschöpften Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus, stößt die auf Grenzenlosigkeit angelegte Akkumulation von Kapital doch in immer wahrnehmbarer Form an ihre strukturellen Grenzen.

zwischen Menschen (2004, S. 142). Selbst in den Bildungsinstitutionen ist Unfrieden in verschiedensten Varianten weit verbreitet. Die für die Schulen der „westlichen“ Welt entwickelten zahlreichen Programme der Gewaltprävention gleichen allerdings einem vergeblichen Kampf gegen die Hydra dieser institutionalisierten Feindseligkeit, da sie zu den Wurzeln der sich hier über komplexe Vermittlungsebenen durchschlagenden Gesetze und Mechanismen der gesellschaftlichen Friedlosigkeit nicht vorzudringen vermögen. An der neoliberalen Verrohung der zwischenmenschlichen Beziehungsverhältnisse vermag eine Pädagogik nicht zu rütteln, die die verschiedenen Phänomene offensichtlicher Gewalt von ihrem gesellschaftlichen Verursachungszusammenhang isoliert.

Die Bearbeitung gesellschaftlicher Friedlosigkeit inklusive ihrer sozialpsychologischen Dimension, der Sozialisation, in deren Rahmen die den strukturellen Gewaltverhältnissen korrespondierenden Subjekteigenschaften der Menschen hergestellt werden, fällt in das Feld der *kritischen Friedenspädagogik*. Diese Fundamentalaufgabe kann nicht der Regierungspolitik überlassen werden, wie selbst die von Soziologie und Politikwissenschaft dominierte kritische Friedens- und Konfliktforschung der späten 1960er Jahre bereits hervorhob.

Die Minimierung von Gewaltverhältnissen und der Aufbau friedensgesellschaftlicher Strukturen eines Gemeinwesens stellte zwar zweifelsohne eine *genuine politische Gestaltungsaufgabe* dar, soweit Politik in ihrem ursprünglichen Begriff noch Anwendung fände. Demzufolge fiel es in ihren Aufgabenbereich, gesellschaftliche Einrichtungen, Institutionen, Lebensbedingungen zu entwickeln, in denen die *strukturelle Gewaltsamkeit* von Gesellschaften (Galtung) und internationale Unfriedensverhältnisse systematisch abgebaut werden. Doch wird dieser Auftrag von der Politik in den so genannten freiheitlichen Gesellschaften² nicht

² Gemeint ist an dieser Stelle der herkömmliche Politikbegriff, der Politik auf die parlamentarische Tätigkeit von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in einer formal-demokratischen Gesellschaft reduziert.

ansatzweise ausgeführt; im Gegenteil verschärft und gefährdet sie die Lebenssituation der Menschen, denen sie vorgeblich verpflichtet ist, auch die grundgesetzlich verankerte Maxime der Politik, Schaden vom Gemeinwesen abzuwenden, dürfte den Mitgliedern der regierenden Kaste von Politikerinnen und Politikern gänzlich unbekannt sein. Schamlos lässt sie sich von partiellen Kapitalinteressen dirigieren und korrumpieren, von Interessen, die weder im Dienste des gesellschaftlichen Gemeinwohls noch in dem der tatsächlichen Friedenssicherung stehen. Abrüstung und Friedenspolitik sind zu Fremdwörtern geworden und werden zunehmend von Kriegstreiberei sowie Gewalt- und Abschreckungspolitik ersetzt, kulturindustriell garniert mit den entsprechenden Freund- und Feindbildern. Die uns als ‚Friedensprojekt‘ und ‚freiheitliche‘ Zivilisation verkaufte EU setzt auf eine beispiellose Aufrüstung (vgl. Haydt/Wagner 2018) und bestimmt über im Geheimen ausgehandelte Freihandelsabkommen wie CETA und Mercosur die Lebensverhältnisse von zig Millionen Menschen, die auf diese Entscheidungen keinerlei Einfluss haben. In den Bemühungen um die Erhöhung ihres Aufrüstungsanteils an der NATO bestehen für Deutschland beste Chancen, den Rüstungs-etat der Großmacht Russland um einige Milliarden zu übersteigen. Als drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt ist die BRD zuständig für die Ausfuhr todbringender Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete und erlaubt den USA über ihre deutschen Stützpunkte wie Ramstein Drohnenangriffe in den Ländern des Mittleren Ostens.

Wo Staat und politische Parteien ihrer elementaren Aufgabe der gemeinsamen Regelung gemeinsamer Angelegenheiten aufgrund ihrer Loyalität gegenüber militärischen Organisationen, maßgeblichen Kapitalfraktionen³ und der Bestechung durch Wirt-

³ Die in sich wiederum keine homogene Einheit bilden, sondern sich oftmals auch widersprechen, wie am Beispiel der aggressiven Strategie gegenüber Russland deutlich wird, gegen die manche Kapitalfraktionen Einspruch erheben.

schaftslobbyisten nicht nachkommen, müssen von emanzipatorischen gesellschaftlichen Basisbewegungen Impulse für eine Einforderung des Politischen im Sinne des Zurückdrängens gesellschaftlicher Gewaltpotenziale freigelegt werden.

Der Pädagogik des Friedens und der friedenspolitischen Bildungsarbeit⁴ kommt hier eine *basale, untergründige Aufgabe* eigener Qualität zu, stehen doch die Entwicklung und Sozialisation von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen im Zentrum pädagogischen Handelns. Dieses enthält die einzigartige Möglichkeit, Einstellungen aufzubauen, Mentalitäten zu verändern, das Denken und Nachdenken zu entwickeln, die Entfaltung des Reflexions- und Urteilsvermögens der Menschen zu provozieren. Weil Haltungen und Mentalitäten, die unter den Sozialisationsbedingungen gesellschaftlicher Friedlosigkeit erworben wurden, für deren Aufrechterhaltung und ideologische Rechtfertigung genutzt werden, können Unfriedensverhältnisse allein über politische Maßnahmen nicht überwunden werden. Menschen müssen sich vielmehr der gesellschaftlichen Ursachen von Friedlosigkeit bewusst werden, und sie müssen in die Lage versetzt werden, die Muster zu erkennen, mit deren Hilfe Gewaltverhältnisse und Unfrieden immer wieder gerechtfertigt werden. Letztlich müssen sie die Verstrickung der eigenen Lebensweise und der eigenen Lebensführung in das System gesellschaftlicher Friedlosigkeit gegen ihre inneren Widerstände wahrnehmen können, was jedoch ohne den Aufbau der Fähigkeit zur kritischen Selbstreflexion nicht möglich ist. In diesem Sinne können Erziehung und Bildung

⁴ Die Begriffe „Pädagogik des Friedens“ und „Friedenspädagogik“ werden synonym verwendet. Beide meinen sowohl die Theorie wie die Praxis einer pädagogischen Friedensarbeit, die auf den Abbau gesellschaftlicher Friedlosigkeit und den pädagogisch unterstützten Aufbau friedensgesellschaftlicher Strukturen gerichtet sind. Der Begriff der „friedenspolitischen Bildungsarbeit“ bezieht sich primär auf die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Grundprämissen einer Politik, die auf die Aufrechterhaltung innergesellschaftlicher Gewaltverhältnisse wie auf militärische Abschreckung und Aufrüstung in den internationalen Beziehungen gerichtet ist.

auf die Erosion von psychischen Strukturen und von Mentalitäten hinwirken, die das System gesellschaftlicher Friedlosigkeit aktiv oder passiv unterstützen. Systematische Erziehungs- und Bildungsprozesse sind damit erforderlich, um den gesellschaftlichen Unfrieden zu sabotieren und seine Rechtfertigungsmuster zu zerstören. Kritische Friedenspädagogik ist kein Bestandteil der grassierenden ‚Konsenssoßenpädagogik‘, die auf die Übereinstimmung der Menschen mit den Interessen herrschender Gesellschaftsgruppen orientiert ist und damit die gesellschaftliche Friedlosigkeit auf pädagogischem Wege stabilisiert. Eine kritische Pädagogik des Friedens zielt auf die Zerstörung derjenigen ideologischen Glaubenssätze, die das System gesellschaftlicher Friedlosigkeit im herrschenden Interesse rechtfertigen. Es gilt, den Druck auf die Politik zu erhöhen, sie durch eine widerständige Bildung, die „die Massen ergreift“ (Marx), zu zwingen, die gefährlichen Bahnen des innergesellschaftlichen Unfriedens und der pathologischen Abschreckungsdoktrin zu verlassen.

Die strukturelle Unzulänglichkeit idealistischer, auf die Entwicklung einer personalen, individuellen Friedensfähigkeit gerichteten Friedenserziehung gehörte bereits zu einer der zentralen Erkenntnisse der kritischen Ansätze der Friedensforschung und Friedenspädagogik, wie sie sich Ende der 1960er Jahre herausgebildet hatten. Die damalige Erkenntnis, dass die Analyse der Ursachen von kollektiver Friedlosigkeit und innergesellschaftlichen Gewaltverhältnissen zentraler Ausgangspunkt der Friedenspädagogik werden muss, bleibt unhintergebar. Werden die strukturellen Bedingungen der Entstehung von internationaler Friedlosigkeit und innergesellschaftlicher Gewalt durch eine Friedenserziehung ignoriert, kann eine kritisch-emanzipativ angelegte Friedensarbeit nicht entwickelt werden. Ja, sie läuft sogar Gefahr, affirmativ zu wirken, indem sie durch Förderung der individuellen Friedensfähigkeit die Kritik- und Widerstandsfähigkeit sozialer Bewegungen gegen gesellschaftliche Unfriedensverhältnisse neutralisiert. Individuelle Friedensfähigkeit in einem kritisch-widerständigen Sinne ist zwar die Voraussetzung, zugleich aber auch das Ergebnis einer Pädagogik, die die gesellschaftlichen Ursachen

von kollektiver Friedlosigkeit und innergesellschaftliche Gewaltverhältnisse zum zentralen Ausgangspunkt ihrer Analyse macht.

Die friedenspädagogische Diskussion der letzten dreißig Jahre ist vielerorts hinter diese grundlegende Erkenntnis zurückgefallen. Zwar haben Ergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung etwa in den 1990er Jahren in viele pädagogische Bereiche Eingang gefunden – beispielsweise in Form von Konfliktmanagementstrategien und Mediationsverfahren –, doch ging der Kern der kritischen Friedenserziehung der 1970er Jahre verloren: die Gesellschafts- und Herrschaftskritik und die Offenlegung der Organisatoren und Profiteure gesellschaftlicher Friedlosigkeit (vgl. Grasse/Gruber/Gugel 2008, S. 7-18). Mit der Depotenzierung kritischer Friedensforschung verschwanden allgemeine Kapitalinteressen ebenso aus dem Zentrum friedenspädagogischer Kritik wie die besonderen Interessen von Rüstungskonzernen wie Rheinmetall, Krauss-Maffei, Thyssen-Krupp, die sich über die Friedensgefährdung gewaltige Profite sichern und wissentlich den massenhaften Tod von Menschen in Kriegs- und Krisengebieten in Kauf nehmen.

Die sozialphilosophisch-gesellschaftskritisch gefassten Begriffe der *Gesellschaft* und der *Kultur* sind daher für eine *pädagogische Friedensarbeit* in der Perspektive kritischer Friedensforschung und Friedenspädagogik *konstitutiv*. Sie sind nicht – wie oft in der friedenspädagogischen Debatte geschehen – voneinander getrennt zu behandeln. Denn einerseits sind die Ursachen der Friedlosigkeit in der Art und Weise angelegt, in der die Gesellschaft ihre jeweiligen Arbeits- und Lebensverhältnisse organisiert.⁵ Von der gesellschaftlichen Lebensweise und den gesellschaftlichen Lebensstilen werden die Kultur, ihre sichtbaren Ma-

⁵ Spätestens seit Galtung den Begriff der *strukturellen Gewalt* in die Friedensforschung und die Friedenspädagogik eingeführt hat (zur Kritik vgl. Roth 1988; Weiß 1998), können auch die so genannten westlichen Gesellschaften in ihrem Wesen und in ihrer Struktur als friedlose Sozialformationen identifiziert werden, da dieser Begriff die (leise, nicht direkt beobachtbare) systembedingte Gewaltsamkeit von Gesellschaften in den Vordergrund rückt.

nifestationen ebenso wie ihre kulturellen Tiefendimensionen bestimmt. Andererseits wirken diese in Form spezifischer kultureller Lebensweisen und Ausdrucksformen sowie von kollektiv verinnerlichten Ideologien, Mentalitäten, Einstellungen, Vorurteilen und Feindbildern (kulturelle Gewalt, Galtung 1990) wiederum auf die Gesellschaft zurück, sie legitimieren und stabilisieren hiermit deren friedlosen Zustand (vgl. Wintersteiner 2000). Friedenspädagogik muss daher im Bewusstsein des einer Erziehung zum Frieden innewohnenden Widerspruchs – des Widerspruchs zwischen einer nach den Prinzipien kollektiver Friedlosigkeit gestalteten Sozialisation und der Zielperspektive einer kritisch-widerständigen Friedensfähigkeit – *Ansatzpunkte einer realistischen Konzeption pädagogischer Friedensarbeit* bestimmen können. In ihrem Rahmen müssen auch die Hindernisse und Blockierungen von Friedenserziehung bzw. Friedensbildung identifiziert werden, die sowohl in den Verhältnissen wie in den sie tragenden Menschen verankert sind. Ihre Kenntnis ist die Grundbedingung dafür, dass idealistische Selbsttäuschungen verhindert und Chancen einer pädagogischen Friedensarbeit realistisch bestimmt werden können. Damit wird es zu einer elementaren Aufgabe der Friedenspädagogik, diejenige kulturelle, oftmals propagandistische Züge annehmende Gewalt (vgl. ILANA 2018) verstärkt in den Vordergrund zu rücken, die im Rahmen der kulturindustriellen Sozialisation auf die Rechtfertigung gesellschaftlicher Friedlosigkeit und struktureller Gewaltverhältnisse gerichtet ist.

In dieser Hinsicht ist zwischen einer langfristigen und einer kurzfristigen Perspektive der Friedenspädagogik zu unterscheiden. Einerseits sind friedenserzieherische Prozesse auf eine langfristige Perspektive anzulegen, insofern die Überwindung von Einstellungen, Haltungen und Mentalitäten, die die strukturelle Friedlosigkeit stützen, nur in langwierigen Vorgängen angebahnt werden kann. Unterstellt wird in diesem Zusammenhang, dass es Hoffnung gibt, die kapitalistische Maschinerie der Zerstörung rechtzeitig zu stoppen und in einer gesellschaftlichen Übergangsphase an der zeitaufwändigen Entwicklung friedensgesellschaftlicher Strukturen arbeiten zu können. Andererseits besteht die

Möglichkeit eines auch kurzfristig angelegten interventiven pädagogischen Handelns, in dessen Rahmen in der friedenspolitischen Bildungsarbeit, mehr noch jedoch in emanzipatorischen sozialen Bewegungen Impulse für einen Bruch mit den Rechtfertigungsmustern gesellschaftlicher Friedlosigkeit und für eine grundlegende Neuorientierung in friedensgesellschaftlicher Perspektive provoziert werden können. Dafür soll der Begriff der pädagogischen Friedensarbeit stehen.

In dem vorliegenden Schwerpunktheft werden Aspekte und Dimensionen einer Pädagogik des Friedens in das Zentrum gestellt, die im Rahmen von Heft 3 „Krieg und Frieden“ (vgl. Kritische Pädagogik 2016) nur randständig behandelt wurden. Insofern kann jenes als Vertiefung bzw. als Ausdifferenzierung des thematischen Zusammenhangs Krieg-Frieden in pädagogischer Perspektive verstanden werden. Thematisiert werden Grundfragen und Herausforderungen an eine Pädagogik des Widerstands und an eine friedenspolitische Bildungsarbeit gegen kollektive Unfriedensverhältnisse. Darüber hinaus geht es darum, die Hindernisse und Blockierungen einer Pädagogik des Friedens in den Vordergrund zu rücken, um einer idealistischen Anlage pädagogischer Friedensarbeit vorzubeugen. In den einzelnen Beiträgen werden neben theoretischen Fragestellungen der Friedenspädagogik auch Handlungsperspektiven diskutiert und ausgelotet, die sich aus der Praxis emanzipatorischer sozialer Bewegungen und pädagogischen Handlungsfeldern für eine pädagogische Friedensarbeit ergeben können.

Zwei Einschränkungen müssen wir im Hinblick auf das vorliegende Schwerpunktheft vornehmen:

Ursprünglich war geplant, neben der Schule und der Erwachsenenbildung weitere Praxisfelder der Friedenspädagogik auf ihre Grundlagen und Perspektiven für eine pädagogische Friedensarbeit hin zu überprüfen (so z. B. Institutionen der vorschulischen Erziehung und frühkindlichen Bildung, Einrichtungen der Sozialpädagogik). Dass dieser Plan nicht verwirklicht werden konnte, liegt wesentlich begründet in dem Umstand der gesellschaftlichen Vernachlässigung von Friedenserziehung und Friedenspädagogik

sowie einer hierdurch bedingten Unterentwicklung friedenspädagogischer Praxeologie für die verschiedenen Praxisfelder.

Eine weitere Einschränkung inhaltlicher Art ist der Tatsache geschuldet, dass die mit der gesellschaftlichen Friedlosigkeit eng verflochtenen Phänomene des Rechtspopulismus, des Rassismus und des Rechtsextremismus bewusst nicht in das Zentrum unseres Bandes gestellt wurden. Zwar sind diese Phänomene unzweifelhaft Thema und Gegenstand einer kritischen Pädagogik des Friedens, doch erlaubt es die Komplexität dieses Themas nicht, diese gesellschaftspolitische Problematik quasi beiläufig zu behandeln. Sie ist im Rahmen eines weiteren Schwerpunktheftes „Kritische Pädagogik“ fest eingeplant.

In die Zeit der Drucklegung dieses Bandes fällt die durch die WHO festgestellte COVID-19-Pandemie, die Bürgerrechtseinschränkungen in einem bis dato nicht vorstellbaren Ausmaß nach sich zog. Gleichzeitig werden Kriege geführt, Sanktionen der westlichen Industrienationen gegen vermeintlich unbotmäßige Staaten verschärft und Hilfen für besonders vom Virus betroffene Länder nicht gewährt. Eine detaillierte Analyse dieser Vorgänge kann hier und jetzt noch nicht erfolgen. Wir sind aber der Auffassung, dass die neoliberale Wirtschaftsweise mit ihrer sozialdarwinistischen, profitgetriebenen Friedlosigkeit ganz wesentlichen Anteil an dieser Krise hat. Es bleibt eine grundlegende Aufgabe der politischen Debatten der nächsten Monate, im Einzelnen kritisch zu diesen Entwicklungstendenzen Stellung zu beziehen und sie pädagogisch zu reflektieren.

Für die Erstellung des Typoskripts möchten wir ganz herzlich Nele Abbing, Alexander Janßen und Gerrit Wicker danken!

Literatur:

Bernhard, Armin; Bierbaum, Harald; Borst, Eva u. a. (Hg.) (2016): Krieg und Frieden. Kritische Pädagogik. Eingriffe und Perspektiven, Heft 3, Baltmannsweiler.

Brückner, Peter (2004): Zur Sozialpsychologie des Kapitalismus, Hamburg.

Crome, Erhard (2016) (Hg.): Friedensforschung in Deutschland. Anforderungen an eine „kritische Friedensforschung“, Berlin.

Galtung, Johan (1990): Cultural Violence, in: Journal of Peace Research, vol. 27, no. 3, S. 291-305.

Grasse, Renate; Gruber, Bettina; Gugel, Günther (2008): Einleitung, in: dies. (Hg.): Friedenspädagogik: Grundlagen, Praxisansätze, Perspektiven, Reinbek.

Haydt, Claudia; Wagner, Jürgen (2018): Die Militarisierung der EU. Der (un)aufhaltsame Weg Europas zur militärischen Großmacht, Berlin.

IALANA (Hg.) (2018): Krieg und Frieden in den Medien, Dähre.

Kritische Pädagogik (2016): Krieg und Frieden, Baltmannsweiler.

Roth, Michael (1988): Strukturelle und personale Gewalt. Probleme der Operationalisierung des Gewaltbegriffs von Johan Galtung, HSFK-Forschungsbericht I/1988, Frankfurt am Main.

Weiß, Edgar (1998): Diskurs – Frieden – Pädagogik, Kiel/Köln.

Wintersteiner, Werner (2000): Pädagogik des Anderen. Bausteine für eine Friedenspädagogik in der Postmoderne, Münster.

Conrad Schuhler

Krieg, Armut, Umweltkatastrophe – der globale Kapitalismus: Die Ursachen der Flucht und des Terrors – die Verantwortung des „Westens“¹

Der Norden lebt über die Verhältnisse des Südens

Seinem aktuellen Buch „Neben uns die Sintflut“ von 2016 stellt Stephan Lessenich ein Zitat des uruguayischen Schriftstellers Eduardo Galeano aus dessen Buch über Kolonialismus und Imperialismus in Lateinamerika voran: „Die internationale Arbeitsteilung besteht darin, dass einige Länder sich im Gewinnen und andere im Verlieren spezialisieren.“ Der Norden hat sich auf das Spezialisieren im Gewinnen, der Süden auf das Spezialisieren im Verlieren konzentriert. Der Norden kann das im globalen Gefüge, weil er über genügend Macht verfügt, um den Süden auszubeuten. „Ausbeutung findet demnach immer dann statt, wenn Menschen über eine Ressource verfügen bzw. über diese in einer Weise verfügen können, die sie dazu befähigt, andere Menschen zur Produktion eines Mehrwerts zu bringen, von dessen Genuss die Produzierenden selbst wiederum ganz oder teilweise ausgeschlossen bleiben.“ (Lessenich 2016, S. 58) Dieser Mehrwert kann einmal als Gewinn vom Unternehmer angeeignet werden, die klassische Ausbeutung im marxistischen Sinn. Zum anderen kann er sich „auch in anderen Formen der einseitigen, entschädigungslosen Vorteilsnahme innerhalb einer sozialen Beziehung niederschlagen: als Ausbeutung von Bodenschätzen anderer Länder, des Wissens anderer Kulturen, von Zwangslagen anderer Menschen.“ (Ebd.)

Nun ist die grobe Einteilung in einen „reichen Norden“ und einen „armen Süden“ nicht hinreichend. Im letzten Jahr waren 65

¹ Beim vorliegenden Text handelt es sich um einen Wiederabdruck aus dem „Schulheft Nr. 173“. Wir bedanken uns sowohl beim Autor als auch bei der Redaktion der ‚Schulhefte‘ für die Genehmigung.

Millionen Menschen aus dem Süden auf der Flucht. Viele Millionen wandten sich nach Norden, weil sie glaubten, sie fänden in der reichen Welt ein friedliches und materiell gesichertes Auskommen. Doch trafen sie hier wiederum auf den Widerspruch Arm-Reich, der sich auch in wachsender Schärfe durch die Reiche Welt zieht.

Der Süden wird auf vielfältige Weise um große Teile des von ihm produzierten Mehrwerts gebracht. Industrielle und landwirtschaftliche Arbeit wird auf ein Lohnniveau am Rande und unterhalb des Existenzminimums gebracht. Mit „Freihandelsabkommen“ wie den EPAs (Economic Partnership Agreements) werden die afrikanischen Märkte für europäisches Geld und Waren geöffnet. Die radikale Marktöffnung für EU-Importe soll angeblich ausgeglichen werden durch die Öffnung des Zuganges für afrikanische Produkte zur EU. Doch ist die Wirtschaft Afrikas dem Wettbewerb mit den Industrie-, Handels- und Agrarmultis der EU natürlich nicht gewachsen. Durch die EPAs allein verliert Afrika jährlich 20 Milliarden US- Dollar an Exporteinnahmen.

Zu den Knebelungsinstrumenten gehört auch die vertraglich zugesicherte Nutzung von Fischfanggebieten. Die EU hat mit 16 Ländern in Afrika, der Karibik und im Pazifik solche Verträge abgeschlossen. Die EU-Großtrawler zerstören die einheimische Fischereiwirtschaft, wofür sie von der EU mit knapp einer Milliarde Euro subventioniert werden (Le Monde Diplomatique vom 11.01.2013). Wenn diese und sonstige Verfahren des zivilen Handels- und Wirtschaftsimperiums nicht ausreichen, dann lässt der Westen die Waffen sprechen. Die Länder mit dem höchsten Kriegsstatus sind die Hauptherkunftsländer von Flüchtlingen. Kriege sind der wesentliche Grund für die globale Völkerwanderung unserer Zeit.

Der zweite Faktor ist ebenso offensichtlich. Es sind Armut und soziales Elend. Die Flüchtlinge wollen der Realität mörderischer Kriege in ihrem Land und der Perspektive einer hoffnungslosen Zukunft entgehen (Human Development Report 2014). Mittlerweile sind das Allerweltsweisheiten. Jeder sagt, ob von links oder

von rechts und auch in der Mitte, natürlich sind das die Fluchtursachen und die muss man bekämpfen. In der Rückhand haben viele dann die vermeintliche Trumpfkarte: Und da diese Ursachen weit weg und von uns nicht zu bewältigen sind, müssen wir jetzt mal sehen, dass wir unseren Laden am Laufen halten, wozu als erstes gehört, ihn dicht zu machen gegen diese Fluten, die nicht zu handhaben sind. Dies ist eine grundverlogene Haltung. Denn sie leugnet, dass unsere Länder ursächlich und verantwortlich sind für die Katastrophen in den Herkunftsländern. Dass dort Kriege wüten und Elend herrscht, ist im Wesentlichen zurückzuführen auf die Politik der westlichen Länder, auch und gerade Deutschlands. Ein Blick auf die Herkunftsländer begründet dieses Urteil im Einzelnen.

86 % aller Flüchtlinge werden in den Staaten der Dritten Welt aufgenommen, die Armen der Welt bieten den noch Ärmeren und Gepeinigten Unterschlupf. Die Hauptverursacher des globalen Desasters aber, die den Süden mit Kriegen überziehen und den dortigen Menschen die Lebensgrundlagen rauben, gewähren nur einem minimalen Bruchteil der Vertriebenen und Flüchtenden Schutz (vgl. Schmid 2016, S. 3). „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“, erklärten die No Citizens bei ihrem Hungerstreik auf dem Rindermarkt in München (Scheer 2016, S. 11).

Terror und Flucht – dieselben regionalen Schwerpunkte, dieselben Ursachen: Krieg und soziales Elend

Die Länder mit der höchsten Terrorintensität gehören zugleich zu den Hauptherkunftsländern der Flüchtlinge. Mit dem Terror sind die Flüchtlingszahlen enorm angestiegen. Waren 2008 42 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, so waren es 2015 bereits 65,3 Millionen. (vgl. UNHCR 2016) Von den fünf die Terrorliste anführenden Ländern steht Syrien auf Platz 1 der Flüchtlingsliste, Afghanistan auf Platz 2, der Irak, Pakistan und Nigeria auf den Rängen 11 bis 20.

Die Hauptursache von Terror und Flucht sind die Kriege. Syrien steht im Global Peace Index (IEP 2016) auf dem letzten

Rang (Nr. 163), ist also das Land mit der größten Kriegsverwüstung. Der Irak ist die Nr. 161, Afghanistan Nr. 160, Pakistan Nr. 153, Nigeria Nr. 149. Die terrorintensivste Region ist gleichzeitig mit großem Abstand die Region mit der größten Kriegsverwüstung: der Mittlere Osten und Nordafrika (ebd., S. 12).

Neben dem Krieg hat der Terror eine zweite Mutter: das soziale Elend. Die Hauptländer des Terrorismus sind geprägt von Armut, Hunger und sozialer Hoffnungslosigkeit. Im „Human Development Index“ erstellt das United Nations Development Programme (UNDP) jährlich einen Index menschlicher Entwicklung. Er misst die Qualitäten des menschlichen Lebens anhand der Faktoren „Lebenserwartung zur Zeit der Geburt“, „durchschnittliche Schuljahre“, „zu erwartende Schuljahre“ und „Pro-Kopf-Einkommen“. Der Irak steht unter den 188 Nationen auf Rang 121, Syrien auf 134, Pakistan auf 147, Nigeria auf 152 und Afghanistan auf Rang 171 (UNDP 2015).

Die Quellen des Terrorismus sind Ergebnis der vom Westen betriebenen Globalisierung

Die Länder mit dem höchsten Terror-Index, die zugleich die wesentlichen Exportländer des Terrors sind, sind allesamt „fehlgeschlagene Staaten“, die deshalb „fehlgeschlagen“ sind, weil kriegerische Überfälle des Westens ihre staatlichen Strukturen und Apparate zerschlagen und ihre Ökonomien ruiniert haben. In Afghanistan hatten die USA seit den 1980er Jahren die Terrororganisation al-Qaida aufgebaut. Mit Hilfe der Terrororganisationen der Taliban wurden die Kabuler Linksregierung und ihre sowjetischen Helfer niedergedrückt bzw. aus dem Land getrieben. Als dem Sicherheitsberater des US-Präsidenten Carter, Zbigniew Brzezinski, vorgehalten wurde, es seien die USA gewesen, die die islamistischen Gruppen erst hochgepäppelt haben, sagte er: „Was ist wichtiger in der Weltgeschichte? Die Taliban oder der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums?“ (Le Nouvel Observateur vom 15.01.1998)

Das Hochrüsten der Terrorgruppen und das anschließende jahrelange Gemetzel in Afghanistan mit dem Entstehen neuer, antiwestlicher Terrorkräfte ist eine direkte Folge des militärischen Eingreifens der USA und der NATO. Drei Wochen nach den Anschlägen gegen die Twin Towers in New York starteten die USA ihren Angriff auf Afghanistan als „Bündnisfall“ der NATO. Vorgeblich ging es um die „Selbstverteidigung“ der westlichen Wertegemeinschaft gegen Afghanistan. Damit wurde das Gewaltverbot der UNO ausgetrickst, es genügte, die NATO-Partner zu überzeugen und die „Koalition der Willigen“ war perfekt. Der Angriff war völkerrechtswidrig, war illegal.

Unter dem Banner des „Kriegs gegen den Terror“ wurden und werden nun illegale Kriege überall dort durchgezogen, wo die USA und die NATO sie für ihre Interessen benötigen. Die USA und Großbritannien überfielen 2003 den Irak. Zuvor hatten sie sich vor der UNO mit ihren Lügen und Fälschungen zu den angeblichen Massenvernichtungswaffen im Irak blamiert. Im Ergebnis dieses illegalen Krieges zählen wir heute im Irak über eine Million Tote. Und aus den Truppenoffizieren und Geheimdienstleuten des Sadam-Regimes setzte sich die neue Terrortruppe IS zusammen, die bald große Teile von Syrien und Irak kontrollierte. Die beiden Hauptgruppen der Terroristen im Nahen Osten und Nordafrika, Al-Qaida und IS, haben ihr Entstehen und ihre wachsende Relevanz den USA und der NATO zu verdanken (vgl. Ganser 2016, S. 206 ff.).

Den nächsten großen Akt im „Krieg gegen den Terror“ erleben wir mit dem Überfall auf Libyen 2011. Auch hier gab es keinen UN-Beschluss, auch dieser Krieg war völkerrechtswidrig. So wie bei Afghanistan das „Selbstverteidigungsrecht“ vorgeschoben wurde, um den kriegerischen Überfall der NATO zu legitimieren, so wurde dieses Mal das R2P-Konzept erfunden. Die Abkürzung steht für Responsibility to Protect, auf Deutsch „Schutzverantwortung“. Wenn ein Staat nicht fähig oder willens sei, die Bürger vor schweren Menschenrechtsverletzungen zu schützen, dann dürfe die internationale Staatengemeinschaft zum Schutz der bedrohten Bevölkerung eingreifen, wenn ein entsprechendes

Mandat des Sicherheitsrates vorliegt. Das UN-Mandat bezog sich aber ausdrücklich auf die Errichtung einer Flugverbotszone, um „von Angriffen bedrohte Zivilpersonen“ zu schützen. Die NATO fälschte dieses Mandat für einen militärischen Angriff mit dem Ziel, Gaddafi zu stürzen und einen Regime-Change durchzuführen. Auch dieser Krieg ist illegal (ebd., S. 247 f.).

Nach einem ähnlichen Konzept geht der Westen in Syrien vor. „Die Angreifer USA, Großbritannien, Frankreich, Türkei, Katar und Saudi-Arabien haben brutale Banden trainiert und mit Waffen ausgerüstet und versuchen seit 2011, Präsident Assad zu stürzen, was ihnen aber bisher nicht gelungen ist.“ (Ganser in Wernicke 2016) Mittlerweile gehört auch Deutschland zur Bande der Angreifer. Bisher hat der Terrorkrieg 400.000 Tote gefordert und über 11 Millionen Menschen in die Flucht getrieben.

Daniele Ganser zieht dieses Fazit: „Der laufende sogenannte ‚Krieg gegen den Terror‘ bietet keinen glaubwürdigen Ausstieg aus der Gewaltspirale an und löst das reale Problem des Terrors nicht, weil er im Kern gar nicht auf den Terror abzielt, sondern ein Kampf um Erdöl, Erdgas, Geld und Macht ist. Der sogenannte ‚Krieg gegen den Terror‘ ist ein Kampf um Rohstoffe und globale Vorherrschaft.“ (Ganser 2016, S. 329)

Flüchtlingsherkunft Afrika – Verantwortlich: der alte und der neue Kolonialismus

Syrien und Afghanistan liegen mit großem Vorsprung an der Spitze der Flüchtlingsherkünfte und für Deutschland treten vor allem noch die Balkan-Länder hinzu. Im globalen Maßstab spielt Afrika als Herkunftsort ebenfalls eine herausragende Rolle. Unter den zehn Hauptherkunftsländern befinden sich sechs afrikanische Länder, unter den ersten fünf sind es drei (vgl. UNHCR 2016). Alle Ursachen für Flüchtlingsbewegungen – Krieg und Bürgerkrieg, Armut und Perspektivlosigkeit, Verheerung der Umwelt und fortschreitende Klimakatastrophe – finden sich zugespitzt auf dem afrikanischen Kontinent. Das Erbe des Kolonialismus wiegt bis auf den heutigen Tag schwer, und es ist verheerend. Als sich Befreiungsbewegungen in Afrika gegen die alten Kolonialmächte

durchsetzen konnten, fanden sie sich in staatlichen Gebilden wieder, die von den Kolonialmächten auf dem Reißbrett entworfen worden waren. Vielfältige, oft kontroverse Mischungen von Ethnien und Religionen waren an der Tagesordnung und dementsprechende Konflikte und Kriege. In allen sechs afrikanischen Hauptherkunftsländern von Flüchtlingen ist dies der Fall: in Somalia, im Sudan, im Süd-Sudan, in der Demokratischen Republik Kongo, in der Zentralafrikanischen Republik und in Eritrea. Somalia, Sudan, Süd-Sudan und Eritrea haben zudem das „Pech“, am oder in der Nähe des Horns von Afrika zu liegen, das der Westen wegen seiner Bedeutung für die internationalen Transportwege politisch, militärisch und geheimdienstlich an einer möglichst kurzen Leine führt.

Es geht aber nicht nur um das verderbliche Erbe des Kolonialismus, sondern um höchst aktuelle Formen eines ebenso verderblichen Neokolonialismus.

Der aktuelle Neo-Kolonialismus des Westens

In seinem Aufsatz „Die politische Ökonomie der Flüchtlingsbewegung“ stellt Slavoj Žižek die Frage: „Warum gelingt es den Afrikanern nicht, ihre Gesellschaften zu ändern?“ Und gibt die Antwort: „Weil wir Westeuropäer sie daran hindern.“ (Žižek 2015, S. 37 f.) Im globalen Maßstab, über Afrika hinaus, ist es der gesamte Westen, der Block USA-EU, der die Länder des Südens daran hindern will und weithin effektiv hindert, ihre Probleme selbständig und zu ihren Gunsten zu lösen. Die Verfahren sind mannigfaltig.

Ethnische und religiöse Konflikte werden vom Westen in zerstörerische Kriege umgemünzt, widerborstige Staaten werden zu „fehlgeschlagenen“ gemacht.

Im Kongo geht es um die illegale Ausbeutung natürlicher Ressourcen – Gold, Diamanten, Kupfer, Koltan, Kobalt – durch globale Konzerne. Der Kongo existiert nicht mehr als einheitlicher Staat, sondern besteht aus einer Vielzahl von Territorien, die von Warlords beherrscht werden. Mit diesen Warlords kooperieren die Konzerne. Schon 2006 berichtete das Time-Magazin, dass die

Kämpfe innerhalb der letzten zehn Jahre vier Millionen Menschen das Leben gekostet hatten. „Wenn man die ausländischen High-tech-Firmen aus der Gleichung streicht, fällt das ganze Kartenhaus der ethnischen Konflikte, die vorgeblich von alten Leidenschaften getrieben werden, in sich zusammen.“ (Ebd., S. 40 f.) Nach demselben Muster verläuft der anhaltende Bürgerkrieg in der Zentralafrikanischen Republik. Angeblich steht hier der christliche Süden gegen den muslimischen Norden. Die blutige Ironie des globalen Kapitalismus führt aber dazu, dass Frankreich, mit den Muslimen verbündet, gegen China, mit den Christen verbündet, um die Kontrolle über das Öl kämpft. Es handelt sich weniger um „ethnischen Hass“, der hier zur Entladung kommt, als vielmehr um den Kampf globaler Konkurrenten (ebd., S. 37 f.).

Derselbe Grund gilt für die „failed states“, die fehlgeschlagenen Staaten. Ob Afghanistan oder der Irak, Libanon, Somalia, Kongo, Eritrea, Mali oder nun das zentrale Problem Syrien – sie alle sind zurückzuführen auf die Interventionen und oft auf direkte militärische Überfälle der westlichen Staaten. Das Fehlschlagen dieser Staaten ist kein zufälliges Unglück, sondern ein Verfahren zur Durchsetzung imperialistischer Interessen.

„Freihandel“ – Verlust der Versorgungsunabhängigkeit im Süden

Ein fundamentaler Mechanismus des neuen Imperialismus besteht darin, die Länder des Südens auf eine Art in die globale Wirtschaft zu integrieren, dass sie ihre Versorgungsunabhängigkeit verlieren, die Landwirtschaft auf Exporte ausgerichtet wird und die eigenen Länder auf Lebensmittelimporte angewiesen sind. Wesentlicher Treiber dieser Entwicklung waren die zentralen Institutionen des globalen Kapitalismus, Internationaler Währungsfonds und Weltbank. Sie vergaben ihre Kredite nur bei Akzeptanz dieser Regeln. Die Tausenden bilateralen und internationalen Freihandelsabkommen – wie u. a. NAFTA (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen) oder die EPAs der EU (Economic Partnership Agreement) mit afrikanischen Ländern legten allesamt diesen Weg fest.